Datum: 31. Oktober 2023

Hubert Aiwanger im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Mit dem Chef der Freien Wähler, mit Hubert Aiwanger kann ich jetzt sprechen zum Start der alten und neuen Koalition in Bayern. Guten Morgen, Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger: Guten Morgen.

Grunwald: Herr Aiwanger, Markus Söder wird heute vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Sie werden weiterhin mit ihm regieren als Wirtschaftsminister. Söder und die CSU kamen bei den letzten Landtagswahlen auf 37 Prozent, ein leichter Verlust, und Sie kamen mit Ihren Freien Wählern auf fast 16 Prozent, ein großer Zuwachs. Bei den Koalitionsverhandlungen gab es Gerangel um mehr Macht für die Freien Wähler und Sie warfen Söder vor, sich mädchenhaft zu verhalten. Söder wiederum nannte Sie pubertär. Jetzt treten zwei selbstbewusste Politiker, zwei große Egos, gar zwei Pubertiere, wie man manchmal schon liest, aufeinander. Wie belastbar ist diese Koalition?

Aiwanger: Ja! Wir haben die letzten fünf Jahre bewiesen, dass wir regieren können, selbst in schwierigen Zeiten. Auch in Corona-Zeiten waren wir ja nicht immer einer Meinung, Stichwort Impfen und dergleichen. Dann kam der Ukraine-Krieg und dann haben wir trotz dieses harten Wahlkampfes innerhalb nicht mal 14 Tagen unseren Koalitionsvertrag geschmiedet. Das zeigt, wie belastbar und wie arbeitsfähig wir sind. Wir sind bürgerliche Parteien der Mitte, die nicht streiten um des Streitens willen, sondern die auch wissen, sie haben Verantwortung für dieses Land, und das wird auch die nächsten fünf Jahre funktionieren.

Grunwald: Trotzdem: Ihr Verhältnis zu Söder galt ja als zerrüttet, und Sie haben es gerade auch zugegeben, dass es da viele Streitpunkte gab. Ich frage noch mal: Was macht Sie so sicher, dass diese Koalition belastbar ist?

Aiwanger: Einfach die Vernunft und das Verantwortungsgefühl beider Parteien. Wir wissen beide, wir sind von den Bürgern gewählt, um dieses Land zu regieren und nicht unsere Partei zu hegen und zu pflegen. In erster Linie Staat vor Partei. Das gilt für Freie Wähler, das gilt für CSU. Und selbst wenn man mal bei einzelnen Sachthemen verschiedener Meinung ist, das ist ja ganz normal. Sonst wären wir ja eine Partei und nicht zwei Parteien. Aber diese Koalition funktioniert und die wird in Zukunft noch stärker.

Grunwald: Sie sagen, Sie haben das Vertrauen von Markus Söder?

Aiwanger: Ja.

Grunwald: Bleiben wir mal bei der Flugblatt-Affäre. Es geht um das antisemitische Flugblatt, was bei Ihnen als 16jähriger Schüler gefunden wurde. Ihr Bruder soll es geschrieben haben. Söder forderte klare Aufklärung von Ihnen, die erst mal nur zögerlich kam, und Söder beharrte jetzt auf ein Bekenntnis zur Demokratie und zu einem entschlossenen Auftreten gegen Antisemitismus in der Präambel im Koalitionsvertrag. Söder beharrt für die Zusammenarbeit mit Ihnen auf etwas, was in Deutschland ja eigentlich Grundüberzeugung ist. Sieht so Vertrauen in Ihrer Koalition aus?

Aiwanger: Na ja. Das Thema Demokratie, da sehen Sie ja, dass die immer mehr unter Druck gerät, dass immer mehr Menschen die momentane Staatsform hinterfragen und die Regierung keine Mehrheit mehr hat. Insofern ist es durchaus wichtig, sich beiderseitig zu diesem Thema ganz offen

und eindeutigst zu bekennen. Ich habe auch niemals einen Zweifel gelassen, dass ich ein Demokrat bin, ein Basisdemokrat sogar. Da haben vielleicht viele eine andere Vorstellung, aber ich sage immer, die Mehrheit und die Macht geht vom Volke aus und wir können nicht gegen die Mehrheit der Bürger regieren. Wir haben immer viele Volksbegehren gemacht auch als Freie Wähler und insofern ist es durchaus gut, in diesen verrückten Zeiten den Menschen immer wieder zu sagen, jawohl, die Demokratie muss gestärkt werden und nicht geschwächt werden.

Grunwald: Ich halte fest, in Ihrer Koalition muss man explizit sagen, dass man Antisemitismus ablehnt – eigentlich etwas ganz Selbstverständliches.

Aiwanger: So steht es nicht drin. – Nein, dass wir ihn bekämpfen, und nicht, dass wir uns gegenseitig dazu verpflichten, es so zu tun. Lesen Sie genau, was drinsteht.

Grunwald: Was ist Ihr Eindruck, Herr Aiwanger? Hat der Antisemitismus in Deutschland vor dem Hintergrund des Krieges in Nahost noch mal deutlich zugenommen?

Aiwanger: Ja, natürlich. Man sieht ja, dass hier israelfeindliche und antisemitische Demonstrationen sind, wo tausende Menschen skandierend durch die Straßen ziehen, vor allem aus dem islamistischen Umfeld. Das hat man zu lange totgeschwiegen, weggelächelt und niemand sollte darüber reden. Jetzt sieht man, dass man sich Unsinn ins Land geholt hat. Insofern müssen wir da künftig genauer hinschauen. Die Zuwanderungspolitik hat hier mit die Ursachen für diese Entwicklung gelegt.

Grunwald: Was meinen Sie mit „Unsinn ins Land gebracht"?

Aiwanger: Ja, einfach Leute ins Land gebracht in den letzten Jahren durch eine unkontrollierte Zuwanderung auch aus diesen Kulturkreisen, wo Antisemitismus ganz offen gezeigt und präsentiert wird.

Grunwald: Bevor wir auf den Punkt noch mal kommen: Wieviel Mitschuld tragen Sie denn daran, dass es jetzt mehr Antisemitismus gibt?

Aiwanger: Ich trage daran keine Mitschuld. Wenn Sie hier auf die Kampagne noch mal abzielen, dann fragen Sie die Süddeutsche Zeitung, warum sie ein geschmackloses Flugblatt, das im kleinen Kreise eigentlich aus dem Verkehr gezogen worden ist, hunderttausendfach in der Zeitung abgedruckt haben.

Grunwald: Aber, Herr Aiwanger, wir halten fest: Bei Ihnen wurde ja als 16jähriger ein Flugblatt gefunden. Es hat eindeutigen antisemitischen Inhalt. Sie sollen es nicht verfasst haben, dazu haben Sie sich lange nicht geäußert. Sie haben es sogar als Lappalie, als Jugendsünde abgetan.

Aiwanger: Das habe ich auch nicht gesagt. Das Wort habe ich nicht benutzt.

Grunwald: Ich habe das auch nicht gesagt.

Aiwanger: Das haben Sie gerade gesagt.

Grunwald: Ich habe nur gesagt, Sie haben das getan. Ich habe nicht gesagt, dass das ein wörtliches Zitat sei.

Aiwanger: Sie haben gesagt, ich habe es so abgetan.

Grunwald: Man kann sagen, Sie haben mit dieser Haltung Pluspunkte gesammelt. Sie haben bei der bayerischen Landtagswahl zugelegt. Könnte das nicht gar ein Ansporn sein für all diejenigen, die in der Sonnenallee in Berlin mit israelfeindlichen Parolen hetzen?

Aiwanger: Nein, ganz im Gegenteil. Die Leute waren deshalb sauer, weil hier eine Kampagne gesteuert worden ist mit fast 40 Jahre alten Geschichten. Das war der Hintergrund.

Grunwald: Sie meinen eine Medienkampagne gegen sich? Das war immer der Grund, den Sie genannt haben.

Aiwanger: Ja.

Grunwald: bleiben wir mal beim Stichwort Antisemitismus beziehungsweise importierter Antisemitismus. Sie haben es vorhin auch kurz angesprochen. Durch den Krieg in Nahost sind ja antisemitische Vorfälle in Deutschland wieder stärker geworden. Jüdinnen und Juden sagen inzwischen offen in Deutschland, sie haben Angst. Es gibt die Diskussion über importierten Antisemitismus, dass Deutschland so viele Menschen ins Land gelassen hat, die antisemitisch eingestellt sind. Es gibt die Forderung der Union, dass bei der Einbürgerung auch ein Bekenntnis zu Israel abgelegt werden soll. Wie stehen Sie dazu?

Aiwanger: Ja, natürlich! Wenn hier Menschen kommen und unseren Pass wollen und zu erwarten ist, dass sie am Ende hier extremistische Positionen auf die Straße tragen – das haben wir auf der anderen Seite mit diesen Eritrea-Demos, wo die regelmäßig Bürgerkrieg führen, in Stuttgart und dergleichen -, das müssen wir nicht haben. Wir müssen nicht Menschen unseren Pass in die Hand drücken, die dann bei uns bei gewalttätigen Demos auf die Polizei losgehen, Israel angreifen, Geschäfte angreifen,

Schaufenster einschlagen und so weiter am Ende, oder das zumindest geistig tolerieren. Hier sage ich ganz klar, Menschen mit diesem Hintergrund sollen unseren Pass nicht bekommen.

Grunwald: Wie kann man denn, ganz praktisch gefragt, antisemitische Haltungen überprüfen?

Aiwanger: Zumindest wenn damit bei den Demos die Leute auftreten und hier gewalttätig auftreten, vielleicht sogar an verbotenen Demos teilnehmen – genau diese Dinge, die wir jetzt sehen auf unseren Straßen.

Grunwald: Wie weit würden Sie gehen, um diesen israelfeindlichen Protest zu unterbinden?

Aiwanger: Einfach Demos mehr verbieten. Es ist ja durchaus so, dass man überlegen muss, ob Zuwanderer bei uns in dieser Form Demos abhalten müssen, die dann häufig gewalttätig enden, wo Polizisten angegangen werden, wo Straftaten aus der Demo heraus vollzogen werden und man dann häufig Probleme hat, die Demos aufzulösen, weil die sich nicht daran halten. Hier würde ich schon erwarten, dass wir hier noch besser durchgreifen bei diesen Demos mit Angriffen auf andere Staaten oder mit Angriffen sogar auf die Polizei und so weiter.

Grunwald: Würden Sie da auch über die Forderungen der Union hinausgehen?

Aiwanger: Die Union fordert heute dies und morgen jenes. Das weiß man nicht genau, was man damit verbindet, was die Union fordert. Die haben da ein sehr breites Meinungsspektrum.

Grunwald: Herr Aiwanger, Sie haben bundespolitische Ambitionen und seit der Landtagswahl in Bayern und auch Ihrem Plus von etwas mehr als vier Prozent haben Sie das noch mal verstärkt. Die Freien Wähler sollen etwa bei den nächsten Bundestagswahlen 202e in den Bundestag einziehen. Wo sehen Sie denn die Zukunft der Freien Wähler?

Aiwanger: Ja, in einer weiterhin starken Verwurzelung vor Ort mit einer starken Kommunalpolitik dann immer mehr in anderen Bundesländern in die Landtage zu kommen. Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr auch in Sachsen und Thüringen in den Landtag kommen. Und wir werden wieder sehr stark ins Europaparlament kommen, haben ja die bayerische Landesbäuerin Christine Singer als unsere bayerische Spitzenkandidatin für ganz Deutschland. Die wird nach Brüssel gehen. Und dann können wir 2025 auf diesen Vorlagen aufbauen und ich gehe davon aus, dass die Chance reinzukommen diesmal größer ist als nicht reinzukommen.

Grunwald: Wie realistisch ist es, dass Sie da auch mehr als fünf Prozent erhalten werden?

Aiwanger: Na ja. Drei bis vier werden wir ja derzeit gehandelt. Ein bis zwei brauchen wir also noch. Ich halte das durchaus für realistisch.

Grunwald: Wo im Parteienspektrum würden Sie sich dann mit den Freien Wählern einordnen? Sie haben immer gesagt, die Mitte, aber aufgrund Ihrer Äußerungen oder auch Ihrer Reden im Bierzelt oder auch der Rede in Erding gibt es ja durchaus viele Menschen, die sagen, wir ordnen Sie eher im rechten Spektrum ein, oder rechts von der Mitte.

Aiwanger: Na ja. Wenn die Union mittlerweile links von der Mitte ist, dann sind wir vielleicht rechts von der Union. Aber wir sind die Mitte. Wir waren seit Jahrzehnten die Mitte. Das ganze Parteienspektrum ist ja deutlich nach links gewandert. Auch Merkels CDU ist ja eher ein Linkskurs,

kaum korrigiert. Merz versucht es, aber die Basis zieht nicht mit. Insofern: Wir waren immer dort, wo wir sind, in der liberal-wertekonservativen bürgerlichen Mitte. Wo andere herumschwänzeln, ist dann deren Problem.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.